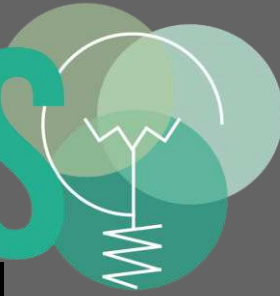


DNGPS

WORKING PAPER



R-02-2015A



KONSTITUTIVE KRISEN

TOBIAS HEINZE

GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

REPUBLIKANISMUS

IDEENGESCHICHTE

KRISENDISKURS



Herausgeberschaft:

Deutsche Nachwuchsgesellschaft für Politik- und Sozialwissenschaft e.V. (DNGPS)

Ansprechpartner:

Eike Ortlepp (working-paper@dngps.de)

Mateo Maciolek (maciolek@dngps.de)

Universität Osnabrück
Fachbereich Sozialwissenschaften
Seminarstrasse 33
49069 Osnabrück

Homepage: www.dngps.de

E-Mail: info@dngps.de

Soziale Netzwerke: www.facebook.com/DNGPS

Twitter: <https://twitter.com/DNGPS>

Amtsgerichtsnummer: VR 200767 | Amtsgericht Osnabrück | Ust-Ident. Nummer: 66/270/03787

Bankverbindung: Konto-Nr. 155 115 44 36 | BLZ 265 501 | Sparkasse Osnabrück

Die Inhalte werden von den jeweiligen Autorinnen und Autoren verantwortet.

Verlag:

Verlag Barbara Budrich, Stauffenbergstr. 7, D-51379 Leverkusen-Opladen

Tel. +49 (0)2171.344594 • Fax +49 (0)2171.344693 • info@budrich.de

www.budrich-academic.de • www.budrich-verlag.de • www.budrich-journals.de

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

©Dieses Werk ist im Verlag Barbara Budrich erschienen und steht unter folgender Creative

Commons Lizenz: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

Verbreitung, Speicherung und Vervielfältigung erlaubt, kommerzielle Nutzung und Veränderung nur mit Genehmigung des Verlags Barbara Budrich.



Diese Publikation steht im Open Access-Bereich der Verlagsseite zum kostenlosen Download bereit (www.budrich-journals.de/index.php/dngps).

ISSN Online: 2365-3329

Verlag Barbara Budrich, www.budrich-verlag.de

KONSTITUTIVE KRISEN

REZENSION

TOBIAS HEINZE

GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT/MAIN

TOBIAS.HEINZE@POSTEO.DE

- *Schulz, Daniel (2015): Die Krise des Republikanismus. Schriftenreihe der Sektion Politische Theorie und Ideengeschichte in der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften 29, Baden-Baden: Nomos, 306 Seiten, 56 Euro. ISBN 978-3-8487-2380-5*

Die Arbeiten republikanischer Denker_innen zeichnen sich (auch) durch eine Neigung zum historisch-rekonstruktiven Argument aus. Sichtbar wird dies in der Gewinnung von Leitbegriffen durch eine narrative Verarbeitung der Entwicklung politischer Ordnungsvorstellungen. Das vor allem im Diskurs liberaler Theoretiker_innen anzutreffende Postulat rational begründeter und universal gültiger Leitsätze lässt sich im Republikanismus so nicht finden. Die sich durch Globalisierung und Transnationalisierung schon länger abzeichnenden Prozesse der Neuordnung des Politischen auf globaler Ebene werden daher durch beide Paradigmen recht unterschiedlich aufgenommen. Liberale Prinzipien beanspruchen Gültigkeit auch über politische Zäsuren hinweg. Das republikanische Deutungsmuster der Politik steht jedoch vor potentiell krisenhaften Herausforderungen, ist doch mit der Veränderung der politischen Ordnung auch die Grundlage des republikanischen Vokabulars betroffen.

In dem vorliegenden Band „Die Krise des Republikanismus“ bietet *Daniel Schulz* an, diese Krisenhaftigkeit in einem doppelten Sinne zu verstehen. Zum einen unterliegen republikanische Verständnisse der Politik angesichts des Referenzverlusts ihrer zentralen Leitbegriffe einer im Ergebnis noch nicht vorhersagbaren Modifikation. Zum anderen kann das Krisenmoment aber auch als konstitutives Merkmal der republikanischen Ideengeschichte verstanden werden. Der Republikanismus ist dann als ein Strang der Ideengeschichte zu verstehen, der vor allem die Voraussetzungen politischer Ordnung in den Blick nimmt und eine begriffliche Sensorik für Krisenerscheinungen des Gemeinwesens bereithält. Im Verlauf des Buches arbeitet Schulz vor allem am französischen Diskurs heraus, wie auf diese Krisenhaftigkeiten „ohne orthodoxe Verhärtung“ (13) republikanischer Leitbegriffe reagiert werden kann.

Die ideengeschichtliche Praxis des Republikanismus hat im Vergleich zum Liberalismus einen nicht nur innerdisziplinären Relevanzverlust erlitten. Gerade deswegen ist das Vorhaben von *Schulz*, den republikanischen Krisendiskurs vor allem in demjenigen Kontext zu betrachten, in dem seine Herausforderungen nicht im Rahmen einer hegemonialen liberalen Semantik diskutiert werden, durchaus reizvoll. Die Referenz bietet hier der politiktheoretische Diskurs Frankreichs. En passant handelt *Schulz* dabei ein gutes Stück politischer Ideengeschichte ab. Liberalismus und Republikanismus versteht er als „historisch kontextualisierbare Bewegungsbegriffe“ (ebd.), die ob ihrer Einbindung in konfliktäre Deutungsversuche weniger als abgeschlossene Systematiken, denn als sich gegenseitig bedingende Diskurse verstanden werden können: „Das republikanische Paradigma der politischen Theorie bezeichnet den Diskurs über die Geltungsvoraussetzungen liberaler politischer Ordnung. Das liberale Paradigma politischer Theorie bezeichnet den Diskurs über die Grenzen und Gefahren republikanischer Ordnung“ (17). Ausgehend von dieser Annahme schreibt *Schulz* im ersten der sieben Großkapitel eine kleine, instruktive Geschichte des politischen Denkens in Europa und den USA.

Im folgenden Kapitel wendet sich *Schulz* ganz im Sinne des zuvor dargelegten Paradigmenverständnisses dem vor allem anfangs stark US-amerikanisch geprägten Diskurs zwischen Komunitarismus und liberalen Großtheorien wie der Gerechtigkeitstheorie von Rawls zu. In der Liberalismus-Republikanismusdebatte der Cambridge School findet sich im britischen Rahmen ein Pendant zu dieser Debattenformation. Im letzten Abschnitt des zweiten Kapitels zeichnet *Schulz* den Rahmen, in den die folgenden Diskussionen einzuordnen sind. Die Transzendenzkrise der französischen Republik, also der Verlust vormoderner Kategorien zur Bestimmung der Einheit der Republik, habe unter anderem „orthodoxe Verhärtungen“ (103) im normativen Beharren auf eben dieser Einheitsfiktion hervorgebracht. Die Gründungsgeschichten der Republik rekurrieren allzu häufig auf abwesende, unerreichbare Figuren und Mythen und hypostasieren so die einheitsstiftende Funktion dieser diskursiven Figuren. Im Rahmen zunehmender Individualisierung und Fragmentierung politisch-sozialer Ordnungen ist dies jedoch kaum aufrechtzuerhalten.

In der Dekonstruktion der Leitbegriffe Freiheit, Gleichheit und Solidarität bei Foucault, Bourdieu und Derrida sieht *Schulz* eine erste Reaktion auf diese Entwicklungen. Er beschreibt diese Positionen als negativen Republikanismus, da die dekonstruktive Bewegung letztlich ihren Begriffen verbunden bleibt und so ex negativo zu der innerparadigmatischen Auseinandersetzung beiträgt. Durch die Herausarbeitung der „hierarchische[n] Steuerung über das Innere“ (122) im Gegensatz zur individuellen (politischen) Autonomie im Falle Foucaults und die Absage an das meritokratische Selbstverständnis der Republik durch die Aufdeckung subtiler Machtdifferenzen habituelier Praktiken bei Bourdieu werden Leitbegriffe des Republikanismus im Kern getroffen. Derrida wird von *Schulz* wegen seiner Verweise auf die „männlich-ethnische Codierung“ (135) der Semantik des Republikanismus aufgeführt, die Reaktion einer Entgrenzung der Demokratie sei jedoch als Reflexion der Grenzen der Demokratie wenig dienlich. Die häufig als „Neue Philosophien des Politischen“ beschriebenen Positionen von Rancière, Badiou, Nancy usw. verwirft *Schulz* abschließend

auf Grund ihrer Methode, politische Probleme zuvorderst im Medium der philosophischen Reflexion zu betrachten – die nun gezwungenermaßen ein Bruch mit der republikanischen Betonung ideengeschichtlicher Rekonstruktion darstellt.

Anders stellt *Schulz* demgemäß den rekonstruktiven Republikanismus dar. Im Denken Leforts, Gauchets und Rosanvillons findet er den Versuch einer demokratischen Liberalisierung der republikanischen Tradition wieder. *Schulz* zufolge liegt in der Hervorhebung der Rolle des Rechts das Potential, den Republikanismus hinsichtlich der auch durch die Globalisierung bedingten Pluralisierungs- und Liberalisierungsprozesse zu aktualisieren. Auch der in der republikanischen Tradition nachhaltig starke Begriff der Mischverfassung findet sich gewissermaßen in Leforts Annahme der Ausdifferenzierung von Macht, Recht und Wissen im Zuge der politischen Modernisierung wieder. Den Menschenrechten kommt hier die Funktion des symbolischen Rahmens für politische Konflikte zu. Gauchet kritisiert dies. Dieser schlägt vor, das Recht als dritte Position einer Repräsentationsbeziehung zu denken, die über erfolgreiche Übersetzungen zwischen der Sphäre des Sozialen und dem Politischen richtet. Dem Recht eine derart prominente Rolle zuzuweisen sei jedoch auch, so die Rekonstruktion Gauchets, Ergebnis einer fundamentalen Unsicherheit gegenwärtiger Gesellschaften über ihre politischen Ziele. Bereits die Einheitsstiftung über genuin politische Begriffe wie Nation, Staat und Gesellschaft misslinge, sodass die nicht ganz unproblematische Rolle der doch immer nur partikularen Menschenrechte auch einen Bruch mit dem Kollektivsubjekt markiere – ein weiterer Anhaltspunkt für die Krisenhaftigkeit des republikanischen Diskurses. Im Folgenden rekapituliert *Schulz* den bundesrepublikanischen Diskurs der Nachkriegspolitikwissenschaft, der vor allem durch die Rezeption von Lefort und Gauchet in Deutschland seine zwischenzeitliche Fokussierung auf Rousseau zugunsten eines Verständnisses pluraler Zivilgesellschaften verlor.

Das Buch schließt mit der Rekonstruktion eines „komplexen Begriff des Republikanismus“, der sich für *Schulz* durch Kontextsensibilität, Narrativität, der Anerkennung der Endlichkeit politischer Ordnungen, der Orientierung an Macht und Konflikt sowie das Bewusstsein für die Geltungsvoraussetzungen von Ordnung auszeichnet (263f). In noch nicht einmal vier Seiten wird dabei auf die zentrale Herausforderung republikanischen Denkens eingegangen: die Herausbildung transnationaler politischer Ordnungen. *Schulz* attestiert dem Republikanismus hier, ganz im Sinne seines doppelten Krisenverständnisses, einen Verlust der theoretischen Reflexionsgrundlagen. Diese jedoch sind von Nöten, um den politischen Wandel wieder adäquat erfassen zu können und der Krisenhaftigkeit gegenwärtiger politischer Ordnungen eine Beschreibung zur Seite zu stellen, die gerade die Voraussetzungen des Politischen mit in Betracht zieht.

Dem großen ideengeschichtlichen Bogen, den *Schulz* spannt um diese Diagnose zu fundieren, fehlt abschließend einzig eine detailliertere Rekonstruktion der transnationalen Herausforderung. So bleibt die Beantwortung der Frage, ob der Republikanismus aus der paradigmennimmanten Diskussion heraus ein wünschenswertes Bild transnationaler Ordnung zu entwerfen vermag oder nicht vielleicht doch durch seinen Status als rekonstruktive Theorie dazu bestimmt ist, den Entwicklungen in einer Art Aufholjagd zu folgen, zu sehr den Leser_innen überlassen. Das Feld, auf dem diese Debatte zu führen ist, ist durch *Schulz* in vielerlei Hinsicht auf eine lehrreiche und gut lesbare Art und Weise beschrieben. Die für eine Neudeskription des Problemhorizontes zu

leistende Übersetzungsarbeit wird dabei durch eine systematische und ansprechende Darstellung vor allem der paradigmennimmanenten Problemstellungen unterstützt. Es ist dem ideengeschichtlichen Anspruch des Textes geschuldet, dass die Umstellung des Republikanismus auf ein transnational gedachtes Modell des Politischen ein Desiderat bleibt. Dennoch hätte in Auseinandersetzung mit den paradigmensexternen Herausforderungen das Feld der Ideengeschichte abschließend verlassen werden dürfen, um die im Buch angedeuteten Theorieentwicklungen zu explizieren. Es bleibt die in gegenwärtigen Krisendiskursen häufig anzutreffende Figur einer konstitutiven Krisenhaftigkeit und damit die Herausforderung, sich in der Beschreibung von Ordnungen von starren Begriffen zu lösen.